

Hat die direkte Demokratie noch eine Zukunft? : "Die Verantwortung der Classe politique ist gross"

Autor(en): **Eckert, Heinz / Kriesi, Hanspeter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **32 (2005)**

Heft 6

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-911605>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Die Verantwortung der Classe politique ist gross»

Die direkte Demokratie, wie sie die Schweiz kennt, ist einzigartig auf der Welt. Keine andere Bevölkerung kennt so weit gehende politische Rechte wie die schweizerische. Wie es dazu gekommen ist und ob es für immer so bleiben wird, sagt Professor Hanspeter Kriesi, Leiter des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Zürich. Interview Heinz Eckert

SCHWEIZER REVUE: *Verfügt das Schweizer Volk eigentlich über eine besondere politische Reife?*

HANSPETER KRIESI: Nein, ich glaube, das ist nicht der Fall. Es gibt aber internationale Indikatoren, die zeigen, dass die Schweizer im Verhältnis ein überdurchschnittlich grosses Interesse an politischen Fragen haben. Hingegen ist dieses Interesse nicht grösser als das der Holländer, Dänen, Norweger oder Schweden. Aber politisch reifer sind sie nicht. Sie haben jedoch besonders gute Instrumente, um sich kundzutun.

Ich stelle diese Frage deshalb, weil der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt einmal gesagt hat, das deutsche Volk sei nicht reif für eine Direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild. Er fürchte, die Deutschen würden beispielsweise sofort beschliessen, dass die Todesstrafe wieder einzuführen sei.

Die Deutschen haben tatsächlich ein besonders schwieriges Verhältnis zur Direkten Demokratie. Sie haben in den Zwanzigerjahren in der Weimarer Republik damit schliesslich den Boden für den Rechtsextremismus vorbereitet. Dabei muss man berücksichtigen, dass die Abstimmungsergebnisse immer davon abhängen, was und wie die Eliten selber denken. Der Ausgang einer Abstimmung ist nie zufällig, sondern immer abhängig von der vorhergehenden Kampagne. In der Schweiz wird beispielsweise immer im Sinne der Regierung gestimmt, wenn eine Vorlage keine nennenswerte Gegnerschaft hat. Je umstrittener eine Vorlage ist, desto höher ist auch immer die Stimmbeteiligung und umso ungewisser ist der Ausgang der Abstimmung.

Dann stellt die Direkte Demokratie auch hohe Anforderungen an die Classe politique.

Ja, bestimmt. Die Direkte Demokratie verlangt beispielsweise von der Classe politique, dass sie den Stimmbürgern die Vorlagen korrekt und mit allen Vor- und Nachteilen möglichst objektiv erklärt und auf die Befindlichkeiten der Bevölkerung eingeht. Die Direkte Demokratie bedingt eine grosse Transparenz im politischen Leben.

Hat die Schweiz die am weitesten gehende Demokratie?

Auf nationaler Ebene sicher. Es gibt ein paar amerikanische Bundesstaaten, die ihre Bürger ebenfalls oft an die Urnen rufen, und auch die Italiener können häufig abstimmen. Aber kein anderes Land geht so weit wie die Schweiz.

Und weshalb ist die Schweiz ein demokratischer Sonderfall?

Es gab im 19. Jahrhundert eine starke demokratische Bewegung im Land, die ihre Idee eines demokratischen Modells auf der Basis der traditionellen Alpengenossenschaften mit kooperativen Entscheidungswegen entwickelte. Damit war die Forderung nach mehr Mitsprache des Volkes in einer repräsentativen Demokratie verbunden. Dieses Modell, basierend auf einem traditionellen Muster, hatte zuerst kantonal und dann auch national durchschlagenden Erfolg. 1874 wurde die Bundesverfassung entsprechend revidiert, 1891 wurde das Initiativrecht eingeführt.

Könnte unsere Direkte Demokratie nicht auch ein vorbildliches Modell für die Europäische Union sein?

Es ist ja auffällig, dass im Zusammenhang mit der EU in den Mitgliedsländern immer mehr Referenden durchgeführt werden. Die Direkte Demokratie wäre sicher eine gute Möglichkeit, das Demokratiedefizit in der EU abzubauen. Und es gibt bereits viele Politiker, die sich eine stärkere Beteiligung der Bürger an den politischen Entscheidungen innerhalb der EU wünschen.

Wäre das Schweizer Modell überhaupt kompatibel mit der EU, wenn sich diese nicht in Richtung Direkter Demokratie verändert?

Diese Frage wird ja von Verfassungsrechtlern schon lange diskutiert, und man ist zum Schluss gekommen, dass die meisten Abstimmungen in der Schweiz trotzdem noch durchgeführt werden könnten. Eine Ausnahme würde die Landwirtschaft bilden. Aber der Verlust an Demokratie würde sich in Grenzen halten. Das sind jedoch kleinkrämerische Berechnungen. Man muss das Problem anders sehen: Unsere Di-

rekte Demokratie verliert so oder so an Gewicht. Wir könnten zwar über die Personenfreizügigkeit abstimmen, aber trotzdem wären unsere Möglichkeiten ja sehr eingeschränkt, denn mit einem Nein hätten wir uns derart ins eigene Fleisch geschnitten, dass wir den Entscheid später bereuen müssten. Das heisst, auch als Nichtmitglied der EU sind wir zur Einsicht gezwungen, viele Entscheide von Brüssel nachzuvollziehen. Man kann das auch autonomen Nachvollzug nennen, doch die Autonomie ist europapolitisch an einem kleinen Ort. Ob wir das schätzen oder nicht, wir müssen der Tatsache Rechnung tragen, dass wir mitten in Europa sind und unsere Gesetzgebung sehr stark durch unsere europäischen Nachbarn mitbestimmt wird.

Aber die Schweizer hätten die politischen Mittel, selbst die bilateralen Verträge in ein paar Jahren an der Urne wieder abzuschaffen.

De jure besteht diese Möglichkeit, de facto ist es eine Illusion. Tatsache ist doch, dass wir das nicht tun können, wenn wir nicht verlieren wollen.

Damit wird aber auch klar, dass die Direkte Demokratie doch politische Gefahren in sich birgt.

Sie haben den früheren Bundeskanzler Schmidt erwähnt, und es gibt auch verschiedene andere Leute, die in der Direkten Demokratie eine latente Gefahr sehen. Viele Gegner der Direkten Demokratie fürchten sich vor der vermeintlichen Inkompetenz des Stimmvolkes. Auf Grund der Schweizer Erfahrungen können wir zu diesem Argument klar sagen, dass es nicht stimmt. Denn erstens sind die Bürgerinnen und Bürger keine unabhängige Grösse, sondern werden in ihren politischen Überlegungen, wie gesagt, sehr stark von der Classe politique geprägt, und zweitens haben Sozialwissenschaftler herausgefunden, dass das Stimmvolk nicht jedes Detail einer Vorlage kennen muss, da es sich häufig nach den Parolen einer Partei oder den Aussagen politischer Vertreter richtet. Der Bürger braucht also gar nicht so viel zu wissen, um vernünftig abzustimmen. Gefordert ist allerdings die Classe poli-

tique, die bei uns eine grosse Verantwortung trägt.

Dann hat beim EWR-Nein von 1992 also die politische Elite versagt und nicht das Stimmvolk?

Sie gehen nun natürlich davon aus, dass die damalige Entscheidung falsch war, und unterstellen, dass das Stimmvolk nicht richtig abgestimmt hat. (lacht)

Rückblickend gesehen war es wohl auch ein Fehler; dem EWR nicht beizutreten.

Vielleicht sogar der grösste Fehler; den sich das Schweizer Volk geleistet hat.

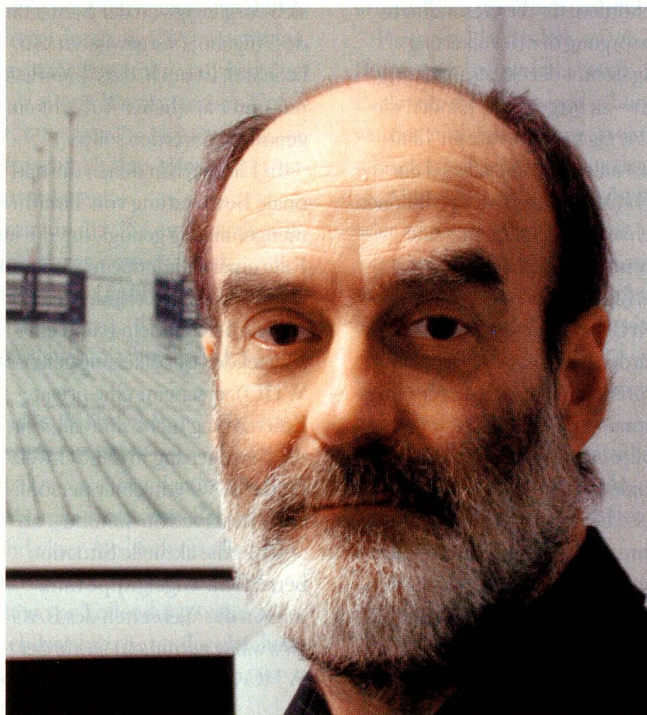
Ich stimme Ihnen völlig zu, Bundesrat Blocher sieht es wohl anders. Sicher ist, dass wir damals den intensivsten Abstimmungskampf der letzten 20 Jahre erlebt hatten. Er wurde vielleicht sogar noch intensiver geführt als bei den Überfremdungs-Abstimmungen in den Siebzigerjahren. Und die Gegner waren 1992 hervorragend organisiert und betrieben ihre Kampagne bedeutend professioneller als die Befürworter und begannen bereits Monate vor der Abstimmung, gegen den EWR zu kämpfen. Das Stimmvolk war sehr gut informiert. Der harte Abstimmungskampf hat zu einer sehr hohen Stimmbeteiligung geführt und damit auch Stimmberechtigte mobilisiert, die sonst nicht abstimmen. Und diejenigen, die selten stimmen, sind erfahrungsgemäss meistens nicht sehr umfassend informiert. Auf Grund des knappen Resultats kann man sagen, dass sie es waren, die letztlich den Ausschlag gegen den EWR gegeben haben. Die politische Elite hat nicht versagt, sondern war gespalten. Und deshalb ist das Resultat so herausgekommen.

Kennen Sie ähnliche Beispiele?

Wie gesagt, normalerweise verhält sich das Stimmvolk sehr vernünftig. Aber es hat schon andere Problemfälle gegeben. Die Invaliden haben einmal das Referendum gegen die Revision der Invalidenversicherung ergriffen. Wer also für die Invaliden war, hätte gegen die Revision stimmen sollen. Das haben aber viele nicht gemerkt. Umgekehrt haben viele gegen die Vorlage gestimmt, obwohl sie eigentlich die Anliegen des Bundesrates zu einer finanziellen Sanierung der Invalidenversicherung teilten. Das war eine Vorlage, die sehr schwierig zu kommunizieren war.

Man spricht auch hier immer wieder vom Reformstau, an dem angeblich die Direkte Demokratie schuld sein soll. Welche Reformen wurden demokratisch verhindert oder verzögert?

Soweit ich mich erinnern kann, wurden vor allem in den Siebzigerjahren ein paar Reformen verzögert. So musste über die Einführung der Mehrwertsteuer mehrfach abgestimmt werden, bis sie angenommen wurde. Die Modernisierung unseres indirekten Steuersystems hatte



HANSPETER KRIESI

Hanspeter Kriesi ist Professor für vergleichende Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich und Direktor des Zentrums für vergleichende und internationale Politik der beiden Zürcher Hochschulen. Geboren 1948, studierte er an der Universität Bern Soziologie, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Staatsrecht und Sozialpsychologie. Nach zweijähriger Tätigkeit an der Bildungshochschule Aargau ging er von 1974 bis 1975 an die Universität von Chicago und erlangte den M.A. in Soziologie. Von 1975 bis 1984 war er am Soziologischen Institut der Universität Zürich tätig; Er promovierte 1976 und habilitierte 1980.

es also beim Volk sehr schwer. Das Gleiche passierte mit dem Frauenstimmrecht, dem Konjunkturartikel und dem Raumplanungsgesetz. Man kann bilanzierend feststellen, dass es in der Schweiz oft ein wenig länger dauert, dass wir andererseits aber auch nur wenig Fehler machen. Denn alle Vorlagen, die mehrmals an die Urne kamen, wurden immer wieder verändert und angepasst. Die Politik der kleinen Schritte hat nicht nur Nachteile.

Dann bleibt noch die Diskussion um das Ständemehr, das angeblich die Bevormundung der fortschrittlichen Städte durch die konservative

Landbevölkerung zur Folge hat. Muss es abgeschafft werden?

Das Ständemehr hatte bei der Einführung eine sehr grosse Bedeutung bei der Befriedung der konfessionellen Konflikte zwischen Katholiken und Protestanten und verhinderte einen Bürgerkrieg in unserem Land. Das Ständemehr war ein wichtiger Schutz für die kleinen Landkantone mit einer katholischen Mehrheit. Aber da die religiösen Konflikte beigelegt sind und die kleinen Kantone nicht mehr geschützt zu werden brauchen, hat das Ständemehr seine Funktion weit gehend verloren. Das Ständemehr schützt heute nur noch ländliche Konservative vor Reformen. Hinzu kommt, dass die Grössenunterschiede zwischen den Ständen gewachsen sind. So hat die Stimme eines Appenzellers heute viel mehr Gewicht als die Stimme eines Zürchers. Und das ist staatspolitisch sehr problematisch.

Wie könnte denn das Ständemehr abgeschafft werden? Die Abschaffung würde doch gerade am Ständemehr scheitern.

Es brauchte wohl eine kleine Revolution zur Abschaffung des Ständemehrs, das stimmt. Aber auch die Einführung eines Bundesstaates war 1848 eine kleine Revolution. Wir kommen vielleicht in Zukunft nicht darum herum, gewisse Regeln zu umgehen.

Kann man das?

Auch bei der Gründung des neuen Bundesstaates mussten Regeln umgangen werden. Wir müssten bestehende Regeln zur Einführung einer neuen Regel bewusst missachten.

Und wer soll das machen? Das Parlament? Der Bundesrat?

Stellen wir uns vor, dass eine Mehrheit der politischen Elite für die Abschaffung der Ständemehrheit ist und das Anliegen auch eine Volksmehrheit erhält. Dann würde sich die Frage stellen, auf welche Mehrheit man abstellen soll, auf die Mehrheit der Stimmberechtigten oder auf die Mehrheit der Kantone. Und dann müsste die Regierung ein Machtwort sprechen.

Das wäre aber gegen die Verfassung.

Ja, das stimmt, und das wäre dann wohl die kleine Revolution: Die Regierung müsste auf der Basis des Entscheids der Mehrheit die Verfassung missachten und ändern.